

Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.01.2022

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	21:13 Uhr
Ende:	21:49 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Mroß
Schriftführer:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
3.1.	JUGENDSTÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit BE: Frau Schwörer, Mitglied des Jugendhilfeausschusses hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	0014/22
3.2.	Änderung der Besetzung im Unterausschuss Kindertageeinrichtungen BE: Frau Reißig Cajamarca, Mitglied des Jugendhilfeausschusses	0044/22
4.	Einwohnerfragestunde	

- 5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 5.1. Gliederung des Familienförderplanes 2023 - 2027 **2356/21**
BE: Vorsitzende des Unterausschusses Fachplanung Familienbildung Familienförderung
- 5.2. Änderung der Besetzung der Stellvertreter im Unterausschuss "Kinder- und Jugendförderplanung" **2387/21**
BE: Frau Schwörer, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
- 6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 25.11.2021 zum TOP 7.1 - Abschlussbericht zum "Programm zur Erhaltung und Ausbau von Betreuungsangeboten in Kindertageseinrichtungen ab 2017" **2352/21**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
- 7. Informationen
- 7.1. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes
- 7.2. Aktuelle Informationen zu jugendhilferelevanten Entwicklungen in der COVID-19-Pandemie (mdl.)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
- 7.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Herr Mroß, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke sowie alle Gäste zur öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und wünschte ihnen ein gesundes neues Jahr 2022. Zunächst wurden die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit festgestellt. Anschließend eröffnete er die Sitzung, zu deren Beginn 14 stimmberechtigte Mitglieder anwesend waren.

Auf die Bestimmungen in Bezug auf das geltende Schutzkonzept hinsichtlich COVID-19 wurde durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Mroß, eindrücklich hingewiesen.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen zwei schriftliche Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

Durch die Vertreterin des Stadtjugendrings, Frau Schwörer, wurde die Behandlung der Drucksache 0014/22 – JUGENDSTÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit – beantragt. Von Seiten der Ausschussmitglieder wurde keine Begründung der Dringlichkeit gewünscht, sodass über die Aufnahme abgestimmt wurde. Diese wurde mit **Ja 12 Nein 0 Enthaltungen 2 Befangen 0** bestätigt.

Ebenso stand der Antrag der Vertreterin des Stadtelternbeirats, Frau Reißig Cajamarca, die Drucksache 0044/22 – Änderung der Besetzung im Unterausschuss Kindertageseinrichtungen – auf die Tagesordnung zu setzen, zur Debatte. Auch in diesem Fall bestand aus der Sicht der Mitgliedschaft keine Notwendigkeit, die Dringlichkeit begründen zu lassen, womit der Vorsitzende, Herr Mroß, um ein Votum zur Drucksache bat. Die Aufnahme in die Tagesordnung wurde mit **Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen 0** bestätigt.

Weitere Anträge gab es nicht. Die vorgenannten Drucksachen wurden im Folgenden als dringliche Angelegenheiten unter dem Tagesordnungspunkt 3.1 bzw. 3.2 behandelt.

bestätigt mit Änderungen

3. Dringliche Angelegenheiten

- 3.1. **JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit** 0014/22
BE: Frau Schwörer, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Eingangs wies der Vorsitzende, Herr Mroß, darauf hin, dass die Drucksache, welche unter dem Tagesordnungspunkt 2 aufgenommen wurde, sowie die Beantwortung als Tischvorlage ausgelegt wurden.

Zuerst meldete sich der Vertreter der Fraktion DIE LINKE., Herr Fuchs, zu Wort. Er erachtete die zielgruppenspezifische Erprobung neuer Wohnformen, die im Rahmen des Bundesprogramms gefördert wird, entgegen der Stellungnahme der Verwaltung, für gewinnbringend. Bereits im Rahmen der Diskussion zum "Aktionsplan Wohnungslosigkeit"¹ im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wurde im Zusammenhang mit den Problemen junger Wohnungsloser die Schaffung eines Housing-First Programms thematisiert.

Der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes erklärte, dass aufgrund der in der Förderrichtlinie des Bundesprogramms verankerten Voraussetzungen von einer Antragstellung Abstand genommen wurde. Vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarktes, dem Fehlen geeigneter städtischer Objekte sowie der Verpflichtung zur Mitfinanzierung durch kommunale Eigenmittel wird in den Vorhabenideen kein hinreichender Mehrwert gesehen. Zudem bestehen viele der angesprochenen Unterstützungsangebote bereits im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften wie den Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII.

Auf die Feststellung des Ausschussvorsitzenden, Herrn Mroß, wonach explizit öffentliche Träger der Jugendhilfe zur Entwicklung von Projekten aufgefordert wurden, und der Frage, ob sich entsprechende Träger an die Verwaltung gewandt haben, antwortete der verantwortliche Mitarbeiter des Jugendamtes, dass es hierzu keinerlei Kontaktaufnahme gab, da die Neuauflage die Projekte aus dem vormaligen Bundesprogramm "Jugend stärken im Quartier" nicht weiterführt. Allerdings werden in der ESF-Aktivierungsrichtlinie des Freistaates Thüringen Anschlussmöglichkeiten gesehen. In Rücksprache mit den Trägern hat die Stadt Erfurt einen Bedarf angemeldet.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, fügte an, dass der Stadtrat die Stadtverwaltung mit der Erstellung eines Handlungskonzeptes beauftragt hat, der auch die Zielgruppe junger Wohnungsloser und der von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen berücksichtigt. Sie rief dazu auf, sich nach der Vorlage des ersten Maßnahmenkatalogs in die Entwicklung entsprechender Handlungsstrukturen einzubringen.

Weiterführender Diskussionsbedarf bestand nicht.

zur Kenntnis genommen

¹ vgl. Drucksache 1051/20

3.2. Änderung der Besetzung im Unterausschuss Kindertageseinrichtungen 0044/22
BE: Frau Reißig Cajamarca, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Zu der als Tischvorlage ausgereichten Drucksache, deren dringliche Aufnahme unter dem Tagesordnungspunkt 2 erfolgte, wurde durch die Vertreterin des Stadteltererbeirats, Frau Reißig Cajamarca, ein mündlicher Änderungsantrag gestellt. Anstelle von Herrn Christian Scheller soll Herr Michael Brandau als 2. Stellvertreter fungieren.

Da sich kein Widerspruch erhob, ließ der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, in Fassung des mündlichen Änderungsantrags darüber abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Besetzung des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen wird wie folgt geändert:

Mitglieder	1. Stellvertreter	2. Stellvertreter
alt: Herr Volker Weißbach neu: Frau Margarita Reißig Cajamarca	alt: Frau Katrin Bialas neu: Herr Dr. Martin Thüne	alt: Frau Jessica Hampel neu: Herr Michael Brandau

4. Einwohnerfragestunde

Es lagen weder schriftliche noch mündliche Fragestellungen vor.

5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

5.1. Gliederung des Familienförderplanes 2023 - 2027 2356/21
BE: Vorsitzende des Unterausschusses Fachplanung Familienbildung Familienförderung

Da kein Diskussionsbedarf bestand, wurde sofort zur Abstimmung übergegangen.

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die in der Anlage² befindliche Gliederung des Familienförderplanes 2023 – 2027 wird als Arbeits- und Textstruktur beschlossen.

² Die Anlage liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 1 bei.

- 5.2. Änderung der Besetzung der Stellvertreter im Unterausschuss "Kinder- und Jugendförderplanung" 2387/21
BE: Frau Schwörer, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Mangels Wortmeldungen brachte der Vorsitzende, Herr Mroß, die Drucksache sofort zur Abstimmung.

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Im Unterausschuss "Kinder- und Jugendförderplanung" werden folgende Stellvertretungen neu benannt:

Mitglieder	1. Stellvertreter	2. Stellvertreter
Frau Lisa Schwörer	Frau Josefine Leipold	alt: Herr Lutz Zieger neu: Frau Lydia Glaubig
Frau Anja Pleitz	Herr Eric Kießling	alt: Frau Kerstin Hönemann-Treyße neu: Frau Ulrike Irrgang

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 25.11.2021 zum TOP 7.1 - Abschlussbericht zum "Programm zur Erhaltung und Ausbau von Betreuungsangeboten in Kindertageseinrichtungen ab 2017" 2352/21
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Von Seiten der Ausschussmitglieder wurden keine Nachfragen gestellt.

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

- 7.1. Informationen zu jugendhilferlevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes

Wie der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, mitteilte, wurden die Drucksachen 1799/21 "Anpassung Familienpass" und 2388/21 "Wahl eines Stellvertreters in den Jugendhilfeausschuss" vom Stadtrat beschlossen.

7.2. Aktuelle Informationen zu jugendhilferelevanten Entwicklungen in der COVID-19-Pandemie (mdl.)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, schilderte, dass sich aus der Sicht des Pandemiestabs zuletzt ein leicht positiver Trend abgezeichnet hat. Dadurch trat in den medizinischen Einrichtungen ein dezenter Rückgang an Fällen in Erscheinung. Außerdem konnte durch das Gesundheitsamt der Bearbeitungsrückstand in Bezug auf die Quarantänebescheinigungen und der Kontaktnachverfolgung abgebaut werden. Derzeit sind neun Bildungs- und vier Kindertageseinrichtungen mit einem Infektionsgeschehen bekannt. Infolge der Vorgabe des zuständigen Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport müssen ab dem 17. Januar 2022 in Kitas zwei COVID-19-Schnelltests pro Woche angeboten werden.

Bezugnehmend auf die in den Schulferien nicht stattfindenden Testungen erkundigte sich die Vertreterin des Stadtjugendrings, Frau Schwörer, welche Möglichkeiten zur Teilnahme an Angeboten und Ausflügen der Kinder- und Jugendarbeit geschaffen werden können.

Mit Verweis auf die geänderte Rechtslage des Landes, wonach Schüler anders als in den Herbstferien des vergangenen Jahres nicht mehr als "getestet" gelten, zeigte sie die Nutzungsmöglichkeit der stadtweiten Testkapazitäten auf. Diese wurden erheblich aufgestockt, um steigenden Bedarfen jederzeit gerecht werden zu können. Allerdings liegt die tatsächliche Inanspruchnahme deutlich darunter.

Die Annahme der Vertreterin der Fraktion SPD, Frau Löbl, dass die Pandemieentwicklungen zu einer Reduzierung der Öffnungszeiten in nahezu allen Kindertageseinrichtungen geführt haben, wurde durch die zuständige Abteilungsleiterin des Jugendamtes bestätigt. Zudem kam es bezüglich der ausstehenden Auswertung rückerstattbarer Kita-Entgelte zu folgender Festlegung:

Drucksache 0132/22	Eingehend auf die Frage der Vertreterin der Fraktion SPD, Frau Löbl, wie viele Eltern die Möglichkeit der Kostenerstattung von Kita-Entgelten für nicht in Anspruch genommene Betreuungstage genutzt haben und welcher finanzielle Aufwand dabei entstand, sicherte der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, dem Jugendhilfeausschuss nach der Abrechnung und erfolgten Auswertung eine Beantwortung zu. T: 10.02.2022 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
-----------------------	--

Angesichts der Debatte um die im Raum stehende Impfpflicht in sensiblen Bereichen nahm der Vorsitzende, Herr Mroß, die offene Frage der Vertreterin des Stadtelternbeirats, Frau Reißig Cajamarca, als Festlegung zu Protokoll.

Drucksache 0133/22	Die Vertreterin des Stadtelternbeirates, Frau Reißig Cajamarca, bat um Auskunft zu den Konsequenzen einer möglichen Impfpflicht auf das Coronavirus SARS-CoV-2 für Beschäftigte in Kinderbetreuungseinrichtungen und erkundigte sich, ob der Stadtverwaltung Zahlen bzw. Quoten vorliegen, inwieweit das pädagogische Personal davon betroffen sein würde.
	V: 10.02.2022 T: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

7.3. Sonstige Informationen

Es wurden keine sonstigen Informationen vorgebracht, daher beendete der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Mroß
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer